

NEUSTADT

Schulen erhalten Luftfilter

Nach langem Ringen beschließt der Rat die Anschaffung von 36 Anlagen / Modellprojekt kostet 160 000 Euro aus der Stadtkasse

Von Mario Moers

Neustadt. Nach einigem Ringen hat der Rat der Stadt Neustadt am Donnerstag beschlossen, 36 Luftfilteranlagen für den Einsatz an Schulen anzuschaffen. Die Geräte sollen zusätzlich zum regelmäßigen Lüften dabei helfen, die Aerosolkonzentration in den Klassenräumen gering zu halten.

Ziel ist es, das Ansteckungsrisiko mit dem Coronavirus in den Schulen zu reduzieren. Vorgesehen für das Modellprojekt sind vorerst ausschließlich die Abschlussklassen der Kooperativen Gesamtschule, der Leineschule und des Gymnasiums. Das Modellprojekt soll zeigen, ob sich die Geräte dazu eignen, auch an den übrigen Schulen das Corona-Risiko zu senken.

Weil der Einsatz solcher Filteranlagen allerdings weder vom Land Niedersachsen noch vom Bundesumweltministerium flächendeckend empfohlen wird, lehnte die Stadtverwaltung eine Anschaffung auf eigene Initiative und Kosten bislang ab. Die antragstellende Kooperation von CDU, Grünen und UWG geht von Kosten bis maximal 160 000 Euro aus. Kein Pappenstiel, worauf auch Bürgermeister Domi-



In einer von technischen und formellen Hürden in die Länge gezogenen Ratssitzung haben die Politikerinnen und Politiker am Donnerstag die Anschaffung von Luftfilteranlagen für einige Klassenräume beschlossen. FOTO: MARIO MOERS

nic Herbst in der Vergangenheit immer wieder hingewiesen hat.

Am Ende setzten sich die Befürworter der Lüfterlösung allerdings

durch. In Neustadt hatte sich der Stadtelternrat für den Einsatz starkgemacht. Die Grünen hatten sich in der Regionsversammlung

bereits im November 2020 für die Ausstattung von Klassenräumen mit den Filteranlagen eingesetzt. In der Ratssitzung am Donnerstag harderte die SPD kurzzeitig mit einer Forderung der Antragsteller, das Verfahren als „dringlich“ beschleunigt zu verabschieden. Am Ende stimmte die Fraktion dem vorgeschlagenen Verfahren allerdings zu. Der Vorsitzende der Grünen-Fraktion, Manfred Lindemann, bedankte sich. „Danke, dass Sie als SPD eingelenkt haben. Wir müssen jetzt effektiv schützen“, sagte er.

Völliges Neuland ist der Betrieb der Luftfilter in Neustadt nicht. Das Gymnasium und die Grundschule in Eilvese haben bereits seit etwa einem Monat einige Geräte im Probeinsatz. Dabei handelt es sich allerdings um Verbrauchergeräte mit deutlich geringerer Leistung als die nun anzuschaffenden. Die sollen mit einem Hepafilter der Stufe H13/H14 ausgestattet sein. Damit sollen sie die Raumluft in den Klassen mindestens sechsmal in der Stunde umwälzen. Die Lautstärke soll 52 Dezibel nicht übersteigen.

KOMMENTAR

Politik braucht Präsenz



Von Mario Moers

Sehr schnell sollte es gehen, als der Stadtrat am Donnerstag darüber abstimmte, ob die Verwaltung Luftfilter für Neustadts Schulen anschaffen soll. Um das Verfahren zu beschleunigen, beantragten die Antragsteller, nämlich CDU, Grüne und UWG-Fraktion, die Angelegenheit im Eilverfahren

zu verabschieden. Was daraufhin folgte, war allerdings das Gegenteil von zügiger Politik. Fast anderthalb Stunden brauchte es, bis allein dieser erste von mehr als 20 Punkten auf der Tagesordnung erledigt war. Das Problem: die sogenannte Hybridsitzung, bei der coronabedingt die meisten Abgeordneten per Video im Ratssaal zugeschaltet sind. Das Format erweist sich immer deutlicher als Krücke. Die Redebeiträge vieler Abgeordneter hören sich an, als würden sie mit dem selbst gebastelten Dosentelefon vom Mond aus übertragen. Abstimmungen mit einem Onlinetool funktionieren zwar, die Ergebnisse, wer wie abgestimmt hat, bleiben aber

für Presse und (nicht anwesende) Öffentlichkeit nicht nachvollziehbar. An einigen Stellen ist nicht einmal klar, ob überhaupt alle Stimmen richtig von dem System registriert wurden.

Was vor Ort in einer Viertelstunde debattiert werden könnte, zieht sich abendfüllend. Am Rand sitzt ein sichtlich genervter Justiziar der Stadt, um Formfehler während der Ausnahmesitzungen zu vermeiden. Solche hatten zuletzt dazu geführt, dass ganze Sitzungen von der Kommunalverwaltung für ungültig erklärt wurden. „Wir brauchen dringende Präsenzsitzungen“, entfuhr es dem Justiziar irgendwann.

Recht hat er.